

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Burkard Dregger (CDU)**

vom 26. August 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 27. August 2025)

zum Thema:

**Angebote für Schutz und Sicherheit politisch Aktiver bei den Berliner
Abgeordnetenhaus- und Bezirksverordnetenwahlen 2026**

und **Antwort** vom 8. September 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. September 2025)

Herrn Abgeordneten Burkard Dregger (CDU)
über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/23706

vom 26. August 2025

über Angebote für Schutz und Sicherheit politisch Aktiver bei den Berliner Abgeordnetenhaus- und Bezirksverordnetenwahlen 2026

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung: Das nordrhein-westfälische Präventionsnetzwerk „#sicherimDienst – Kommunalwahl NRW 2025“ stellt zielgruppenspezifische Handlungsempfehlungen, Taschenkarten, telefonische Beratung sowie Diskussionsformate (z. B. „Sichere Stunde“) zur Verfügung, um Mandatsträgerinnen und -träger sowie weitere politisch Aktive in Wahlkampf- und Mandatszeiten wirkungsvoll zu schützen: <https://www.sicherimdienst.nrw/kommunalwahl-nrw-2025>

1. Gibt es in Berlin oder auf Landesebene vergleichbare Programme oder Netzwerke, die Schutz, Prävention oder Beratung für politisch Aktive (insbesondere Mandatsträgerinnen, Kandidierende oder Wahlkampfhelferinnen) im Kontext der kommenden Wahlen 2026 anbieten?

Zu 1.:

Im Land Berlin existieren – auch unabhängig von konkreten Wahlterminen – niedrigschwellige Beratungs- und Unterstützungsangebote für Amts- und Mandatstragende, Kandidierende sowie Wahlkampfhelfende. Die Zentralstelle für Prävention im Landeskriminalamt Berlin (LKA) bietet beispielsweise Beratungen zur verhaltensorientierten Gewaltprävention sowie zu Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit an. Der Polizeiliche Staatsschutz im LKA berät u. a. durch seine Opferschutzbeauftragte sowie die fachspezifischen Sachbereiche. Um Amts- und Mandatstragende schnell und zielorientiert bei bestehenden Gefährdungen zu beraten und

Hinweise entgegenzunehmen, wurde eigens für diese Personengruppe ein zentrales Hinweis- und Beratungstelefon beim Polizeilichen Staatsschutz im LKA eingerichtet (siehe die Antwort zu Frage 3).

Bei polizeilichem Bekanntwerden von Gefährdungen oder Straftaten zum Nachteil der in der Fragestellung genannten Personengruppen werden diese im Polizeilichen Staatsschutz eingehend einzelfallbezogen geprüft und unverzüglich alle erforderlichen polizeilichen Maßnahmen für den Schutz der Individualrechtsgüter der betroffenen Personen initiiert. Hierzu zählen neben etwaigen strafprozessualen Maßnahmen auch gefahrenabwehrrechtliche Schutzmaßnahmen in Form von Sicherheitsgesprächen, in deren Rahmen gemeinsam mit den Betroffenen lageangepasste Verhaltens- und Handlungsempfehlungen erörtert und abgestimmt werden.

Über die Amadeu Antonio Stiftung (AAS) werden der Soforthilfefonds „Berlin gegen Hassgewalt“ sowie der „Schutzfonds – Schutzräume ermöglichen und bewahren“ durch die Landeskommision Berlin gegen Gewalt gefördert. Beide Fonds richten sich nicht ausschließlich an politisch Aktive, können jedoch auch von diesen genutzt werden, sofern sie von Hassgewalt oder extremistischen Bedrohungen betroffen sind. Der Soforthilfefonds unterstützt in diesem Kontext Betroffene mit schneller finanzieller Hilfe (z. B. für Sachschäden, Therapien oder juristische Kosten) und spezifischen Beratungsangeboten. Der Schutzfonds fördert bauliche und technische Schutzmaßnahmen. Im Übrigen wird auf die Antwort zur Frage 3 verwiesen.

2. Werden Informationsmaterialien wie Handlungsempfehlungen, Taschenkarten oder Leitfäden bereitgestellt?

Zu 2.:

Zu den in der Antwort zur Frage 1 genannten zwei Fonds der Amadeu Antonio Stiftung bestehen Informationsmaterialien in Form von Flyern, mehrsprachigen Informationsblättern und Online-Hinweisen. Im Übrigen wird auf die Antwort zur Frage 3 verwiesen.

3. Gibt es spezielle Beratungsangebote (z. B. Telefonsprechstunden, Anlaufstellen bei Bedrohungen, Vernetzungsformate oder Informationsveranstaltungen)?

Zu 3.:

Beim Polizeilichen Staatsschutz im LKA existiert seit dem Jahr 2020 ein zentrales Hinweis- und Beratungstelefon für Amts- und Mandatstragende. Hier können betroffene Personen über eine zentrale Rufnummer schnell und unkompliziert Kontakt mit der Polizei Berlin aufnehmen, um niedrigschwellig Sachverhalte zum Nachteil ihrer Person mitzuteilen, Hinweise zu bereits geschehenen Straftaten abzugeben sowie Sicherheits- und Verhaltenshinweise zu erfragen. Durch die Einbindung des Dauerdienstes des Polizeilichen Staatsschutzes ist eine Erreichbarkeit rund um die Uhr gewährleistet.

Seit der Einrichtung des zentralen Hinweis- und Beratungstelefon wurden die Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin, die Senatorinnen und Senatoren, die Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie die Vorsteherinnen und Vorsteher der jeweiligen Bezirksverordnetenversammlungen mittels Schreiben der Senatsverwaltung für Inneres und Sport wiederholt über das Angebot informiert.

Im Rahmen der letztmaligen Information zu diesem Angebot im Vorfeld der vorgezogenen Bundestagswahl 2025 wurde dem Schreiben zudem ein Hinweisblatt zu melderechtlichen Auskunftssperren für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger beigelegt, in welchem u. a. über Zuständigkeiten, das Antragsverfahren sowie die Voraussetzungen diesbezüglich informiert wird.

Darüber hinaus bestehen seitens der Amadeu Antonio Stiftung Beratungsangebote im Rahmen des Soforthilfe- und des Schutzfonds.

4. Über welche Träger (z. B. Senatsverwaltung, Polizei, Landeszentrale für politische Bildung, Unfallversicherung o. ä.) werden solche Angebote organisiert?

Zu 4.:

Es wird auf die Antworten zu den Fragen 1 bis 3 verwiesen.

5. Wie können politisch Engagierte unkompliziert Kontakt aufnehmen oder sich anmelden?

Zu 5.:

Die Kontaktaufnahme zur Amadeu Antonio Stiftung ist über die Website sowie die dort hinterlegten Kontaktdaten und Antragsformulare möglich. Im Übrigen wird auf die Antworten zu den Fragen 1 bis 3 verwiesen.

6. Falls derzeit noch keine entsprechenden Angebote bestehen: Ist geplant, solche Maßnahmen mit Blick auf die Wahlen 2026 in Berlin einzuführen oder zu entwickeln?

Zu 6.:

Es wird auf die Antworten zu den Fragen 1 bis 3 verwiesen.

Darüber hinaus steht seit August 2024 das bundesweite Beratungsangebot „Starke Stelle“ zur Verfügung. Dieses wurde durch das Bundesministerium des Inneren und die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention initiiert. Die „Starke Stelle“ richtet sich ausdrücklich an kommunale Amts- und Mandatstragende und bietet diesen eine unabhängige Anlaufstelle bei Bedrohungslagen, Anfeindungen oder Angriffen im Kontext ihrer politischen Tätigkeit.

Ergänzend hierzu bestehen im Land Berlin eine Reihe zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen, die ebenfalls von Amts- und Mandatstragenden in Anspruch genommen werden können. Hierzu zählen insbesondere:

- Violence Prevention Network
- Opferhilfe Berlin e. V.
- Ariba e. V. - Reachout
- Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung
- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin

Berlin, den 08. September 2025

In Vertretung

Christian Hochgrebe
Senatsverwaltung für Inneres und Sport